

Mit der „Wiederkehr des Staates“ ist es nicht weit her. Bei den Grundaufgaben der Daseinsvorsorge ist er noch nicht angekommen

## Nicht winterfest

Von Gerd Held

In diesen Wintertagen ist eine merkwürdige Privatisierung zu beobachten. Während der Deutsche Städtetag erklärt, es sei fraglich, ob die Kommunen ihren Winterdienst in der bisherigen Qualität leisten können, werden gleichzeitig die Forderungen an die Haus- und Grundbesitzer erhöht. Sie sollen das leisten, was die öffentliche Hand nicht schafft. Ganz vorne dabei ist der von SPD und Linkspartei geführte Berliner Senat. Sein neues Gesetz zur Schneeräumpflicht ist ein bemerkenswertes Dokument. Es verlangt schlicht und absolut eine „Beseitigung“ der Winterglätte, wo bisher nur von „Bekämpfung“ die Rede war. Es verlangt auch ein unverzügliches Handeln, wo die Rechtsprechung in Deutschland durchaus eine Wartezeit akzeptiert, wenn mitten in einem starken Schneefall ein sofortiges Räumen keinen Sinn macht. Eigentlich ist die Sprache der Gesetze in diesem Bereich vorsichtig. Wo die Kommunen per Satzung einen Teil des Winterdienstes an Anwohner übertragen können, darf das nur im „zumutbaren“ Umfang geschehen. Die „Leistungsfähigkeit“ ist zu berücksichtigen. Solche Einschränkungen sind bei einer so unkalkulierbaren Größe wie dem Wetter auch vernünftig. Die Bürger wollen lieber einen Winterdienst, der begrenzte Leistungen wirklich gewährleistet, als wohlklingende Spitzenstandards, bei denen man ständig mit Ausfällen rechnen muss. Doch genau diese Mischung von froher Botschaft und Unzuverlässigkeit erleben sie jetzt – besonders krass in der deutschen Hauptstadt. Das neue Gesetz verspricht das Blaue vom Himmel herunter und schiebt dann die Verantwortung den privaten Eigentümern zu. Ihnen wird mit hohen Strafen gedroht, wenn der beauftragte Räumdienst der Lage

nicht gewachsen ist. Für sich selbst nimmt die öffentliche Hand die neue Norm nicht so genau. Jeder Berliner kennt mindestens drei öffentliche Liegenschaften in seiner Umgebung, bei denen von einer Beseitigung der Winterglätte nicht die Rede sein kann. Die zuständige Senatorin von der Linkspartei praktiziert hier eine ganz eigene Staatsidee: Die öffentliche Hand ist für die schönen Pläne zuständig, während die Lasten beim Bürger privatisiert werden.

Nun gibt es das Vorurteil, dass „Privatisierung“ ein Vorgang sei, bei dem einige reiche Privatleute sich bequeme Pfründe sichern. Der öffentlichen Hand bleiben demnach die schwierigen, mühsamen, verlustreichen Aufgaben. „Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste“ ist das Schlagwort. Es geht um Schuldzuweisungen. Man stellt sich reiche Hausbesitzer vor, die nur Rendite machen wollen und sich nicht um die Unfälle vor ihrer Haustür scheren. Obwohl die Deutsche Bahn in öffentlichem Eigentum ist, soll an ihren Problemen die Börse schuld sein. Sogar die Schwierigkeiten an den Schulen kann man nach diesem Muster der Verführung der Jugend durch den Markt zuschreiben oder dem fehlenden Engagement der Eltern. Das Bild von der Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Verluste passt immer. Doch bietet der Winter 2010 eine ganz andere Erfahrung. Der Staat zeigt sich überfordert mit Grundaufgaben der Daseinsvorsorge - gerade dort, wo er uneingeschränkte Gestaltungsmacht hat und kein Privatinteresse ihn daran hindert, die richtigen Prioritäten zu setzen. Warum geht den Berliner Stadtreinigungsbetrieben das Streusalz aus? Haben die Privaten sie daran gehindert, besser Vorsorge zu treffen? Warum hat auch die Berliner Ver-

kehrsgesellschaft, die mit der Deutschen Bahn nichts zu tun hat, massive Probleme? Da zucken die verantwortlichen Senatoren mit den Achseln und reden von Fehlern der einzelnen Unternehmen – als gehörten diese Unternehmen nicht in ihren politischen Verantwortungsbereich.

Das sollten sich die Bürger gut merken. Denn seit einiger Zeit wird ja die Rekommunalisierung von Verkehrs-, Energie- oder Wasserunternehmen gepredigt. Sie soll das Wundermittel sein, um mehr Leistung zu bieten und obendrein mehr Geld in die Staatskasse zu bringen. Doch bei den bestehenden kommunalen Unternehmen liegt die öffentliche Verantwortung offenbar im Argen. Die Politik ist nicht in der Lage oder willens, sich wirklich um Bahnachsen, Besen oder Brunnen zum kümmern. Sie hat sich weitgehend aus dem operativen Geschäft zurückgezogen, die kommunalen Versorgungsunternehmen sehen sich oft ins Abseits gestellt. In unseren Stadtregierungen sind die Fachleute der technischen Infrastruktur selten geworden. Nur so kann man sich die jahrelangen Fehlentscheidungen erklären, die die materielle Substanz unserer Städte in eine Schiefelage gebracht haben und nun, mit jedem neuen Schlagloch, spürbar werden. Die politischen Akteure haben sich immer mehr auf die „weichen“ Aufgaben zurückgezogen. Sie sprechen vom „Menschen“, vom „gemeinsamen Handeln“ und haben dafür gesorgt, dass sie nur die positiven Botschaften zu überbringen haben. Eigent-

lich ist es recht angenehm, zu dieser adrett zurechtgemachten öffentlichen Hand zu gehören. So vermeidet unser Staatswesen die unbequemen, verlustreichen Arbeiten und zieht sich auf die Sonnenseiten des Daseins zurück – ein klarer Fall von „Sozialisierung der Gewinne“, der an die sonnige Gesellschaft des Versailler Hofes erinnert, die alle Lasten bei Bauern und Bürgern privatisierte.

Dieser Vergleich mag überzogen sein. Tatsache ist, dass sich gegenwärtig viele Bürger, die mit den härteren Realitäten dieser Welt zu tun haben, vom Staat alleingelassen fühlen. Ihre Erfahrungen kommen in den Ansprachen nicht vor, der offizielle Optimismus ist ihnen inzwischen suspekt. Sie haben das Gefühl, dass die Politik sich mit dem Falschen beschäftigt. Die Ausfälle dieses Winters treffen eine Stimmungslage im Land. Nein, es geht nicht um eine Hysterie verwöhnter Bürger – wie oft demagogisch unterstellt wird. Die Tonlage auf den Bahn- oder Bürgersteigen ist anders. Die Bürger wissen recht genau, dass vieles unvermeidlich ist und nicht jede Vorsorge bezahlbar ist. Sie sind bereit, Leistungseinschränkungen zu akzeptieren, wenn dadurch wieder Verlässlichkeit hergestellt wird. Der Staat „kommt zurück“ heißt es bisweilen. Mag sein, aber angekommen ist er noch nicht. Er muss erst einmal zeigen, dass er Lasten schultern kann, gerade auf kommunaler Ebene. Der Staat muss winterfest werden.

*(Manuskript vom 3.1.2011, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT vom 6.1.2011)*